

Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung der hohen Mieten und genereller Wohnungsnot?

Wohnen ist in ganz Tirol zu leistbaren Preisen und in angemessener Qualität möglich. Die gemeinnützigen Bauträger besinnen sich ihrer Kernaufgabe und sorgen für ausreichend Wohnraum, der auch für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten leistbar ist.

Bauvorschriften sind entrümpelt, um unnötige Baukosten einzusparen.

Das Wohnrecht (Mietrecht, Wohnungseigentumsrecht) ist umfassend novelliert, sodass insbesondere Nachverdichtungen ermöglicht werden.

Eine Senkung der Lohnnebenkosten sowie die Abschaffung der kalten Progression bewirken eine nachhaltige Steigerung der Haushaltseinkommen.

Der private Wohnungsmarkt ist weitgehend dereguliert.

Die Höhe der Mieten kann grundsätzlich frei vereinbart werden. Die Kündigung unbefristeter Wohnungsmietverträge wird erleichtert, weshalb es wieder vermehrt zum Abschluss unbefristeter Wohnungsmietverträge kommt. Im Falle von befristeten Verträgen bleibt es bei der Mindestdauer von drei Jahren, welche sich bewährt hat.

Wichtige Punkte die wir umsetzen werden:

- Anpassung des **Tiroler Raumordnungsgesetzes** in nachfolgenden Punkten:
 - Einführung von Regionalraumordnungskonzepten
 - Verbot der Umwidmung von Freiland in Bauland bei Überhang von unbebautem Bauland in Gemeinden
 - Ausbau der Möglichkeiten, Grundflächen für den gemeinnützigen Wohnbau zu widmen
 - Etablierung einer (vom Grundstückseigentümer durchsetzbaren) Verpflichtung zur Erlassung von Bebauungsplänen bis 31.12.2024 für alle Grundstücke, für die im ÖROK eine Bebauungsplanpflicht besteht und „Bestandsgarantie“ für Bebauungspläne für mindestens 2 Jahre
 - Ergänzung des § 31 Abs 1 lit f TROG, sodass Flächen, für die im Örtlichen Raumordnungskonzept ein temporäres Bauverbot getroffen wurde, jedenfalls dann bebaut werden dürfen, wenn dies durch einen Gemeinnützigen Bauträger erfolgt.
- Forcierung von bodensparenden Aufstockungen im Rahmen der **Tiroler Bauordnung**:
 - Flexibilisierung des § 6 TBO, sodass bei Aufstockungen der Abstands-Höhenfaktor des § 6 TBO nicht zur Anwendung gelangen soll
 - Integration einer Norm, die es Nachbarn ermöglicht, durch gemeinsame Vereinbarung auch bei offener Bauweise von den Abständen gemäß TBO abweichen zu können.
- Anpassung des **Tiroler Wohnbaufördersystems** an die veränderten Grund- und Baukosten und Einführung eines effizienten Einkommensmonitoring im Bereich von gemeinnützigen Miet- und Mietkaufwohnungen – bei Überschreitung von Einkommensgrenzen nachträglicher Entzug von Wohnbaufördermitteln möglich
- **Eindämmung von Spekulation mit wohnbaugeförderten Eigenheimen** durch im Tiroler Wohnbaufördergesetz gesetzlich verankertes preisgebundenes Vorkaufsrecht:
 - beim Weiterverkauf von geförderten Wohnungen nicht nur die Rückerstattung des aushaftenden WBF-Saldos, sondern zusätzlich Einhebung eines Wertsteigerungsbeitrages;
 - bei Wohnbauscheck soll die Rückerstattung auf unbegrenzte Laufzeit verlängert werden.

Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung von Armut?

Derzeit ist Tirols Sozialsystem kompliziert und wenig treffsicher. Ein Dschungel an Leistungen und Förderungen aus unterschiedlichen Quellen schafft Unsicherheit und Intransparenz, wie der Untersuchungsausschuss zu den sozialen Diensten eindrucksvoll bewies. Oft kommen Geldleistungen nicht jenen zugute, die die Leistungen wirklich brauchen – gerade, wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Daher werden wir für Tirol folgende Punkte umsetzen:

- Kinder und Jugendhilfe massiv aufstocken damit die Triage der Vergangenheit angehört
- Vereinfachung des Fördersystems für Klient_innen und Trägervereinen
- Mehr Mittel für die Sozialarbeit, insbesondere auch Schulsozialarbeit
- Kinder- und Jugendpsychiatrie in ganz Tirol aufstocken: Damit Kinder und Jugendliche in Zukunft nicht nur auf die Wartepplätze kommen, sondern stationär aufgenommen werden können, wenn sie es benötigen.
- Ausbau von therapeutischen Wohngemeinschaften, für die Unterbringung von traumatisierten Kindern, in der Zeit nach der Kinder- und Jugendpsychiatrie.
- Absicherung der Männerberatung
- kein Sexkaufverbot nach nordischem Modell - keine Kriminalisierung von Prostitution
- Novellierung des Landespolizeigesetzes für Sexarbeit dahingehend, dass wie in anderen Bundesländern die Sexualbegleitung in Heimen und Zuhause erlaubt wird. Bisher darf die Sexarbeit lediglich im Bordell ausgeführt werden. Damit sich die Arbeitsbedingungen für Sexarbeiter verbessern, braucht es eine Novellierung des Landespolizeigesetzes.
- mehr Frauenhäuser und betreutes Wohnen für Gewaltopfer errichten
- für die Frauenberatungsstelle „Evita“ eine Rechtsgrundlage zu schaffen
- Betreutes Wohnen in sozialen Wohnbau integrieren
- Die Feststellung der Kompetenzen von Flüchtlingen, die keine formalen Bildungsabschlüsse nachweisen können, ist ein essenzieller Schritt bei ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt.
- Die Fehler innerhalb der TSD, welche NEOS während des Untersuchungsausschusses zum Vorschein brachten, dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Aus den Fehlern bei Mietverträgen, Unterkünften etc. müssen von der Geschäftsführung die nötigen Lehren und Konsequenzen gezogen werden, damit diese in Zukunft nicht mehr vorkommen. NEOS-Tirol fordert daher:
 - Entpolitisierung von Aufsichtsräten bei landesnahen und Landesunternehmen: Externe Agenturen sollen Ausschreibung und Hearingverfahren durchführen (GZ 627/20)
 - Managergehälter/Geschäftsführerbezüge müssen den Manager-Richtlinien des Landes Tirols unterliegen und dürfen lediglich mit Zustimmung des Aufsichtsrates erhöht werden (GZ 613/20)
 - Die Generalversammlung muss vergrößert werden und darf nicht mehr nur aus der Soziallandesrätin bestehen
 - Unterkünfte, welche nicht genützt werden oder potenziell noch aufgebaut und somit zur Verfügung stünden (Stichwort Holzhäuser), müssen in Zukunft übersichtlich aufgelistet und dem Landtag mitgeteilt werden. Mit dieser Maßnahme, wäre ein transparentes Gesamtbild über die Kapazitäten und den Auslastungsgrad der Unterkünfte gewährleistet (Planungssicherheit).
 - Um Aufklärung und transparenten Umgang mit Steuergeld sicherzustellen, verpflichtet sich die TSD auch Unterlagen aus dem operativen Geschäft, für zukünftige Prüfungen, dem Tiroler Landtag zur Verfügung zu stellen

- Einführung einer bedarfs- und wirkungsorientierte Integrationsförderung
- Auflage eines Förderprogramms zum Aufbau von (weiteren) Personalressourcen in den Gemeinden
- Förderung von Mehrsprachigkeit als wertvolle Ressource bereits ab dem Kindergarten bei gleichzeitigem Einsatz von Expert_innen zur Förderung des (bilingualen, jedenfalls auch deutschem) Spracherwerbs
- Schaffung von kostenlosen Ganztagsplätzen für Schüler_innen an Schulen mit besonderen Herausforderungen
- Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen
- Ausbau der psychologischen Betreuung von Geflüchteten

Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung, um unabhängig vom Einkommen allen in Tirol lebenden Menschen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten?

- **Kassenleistungen auf weitere Gesundheitsberufe ausweiten:** Pfleger_innen oder Psycholog_innen leisten wichtige Dienste, die im Sinne einer umfassenden Versorgung gut in das System zu integrieren wären. Auch in neue technologische Entwicklungen und digitale Systeme (e-Health) zu investieren ist dringend notwendig. Dadurch würden Abläufe einfacher und schneller, Kosten gesenkt und die Zufriedenheit der Patient_innen steigen.
- **Gesundheitsförderung und Prävention ausbauen:** Vorsorge- statt Reparaturmedizin, inklusive positiver Anreize beim Erreichen vereinbarter Gesundheitsziele.
- **Landarzt_in als attraktives Berufsbild** - beste Gesundheitsversorgung am richtigen Ort! Um dies zu ermöglichen braucht es weniger Bürokratie und weniger Beschränkungen um eine Landarztpraxis zu eröffnen. In Zukunft soll der Landarzt seine Urlaubsvertretung nicht mehr selbst zahlen müssen
- **Forcierung von Landapotheken und diesen Haushaltszustellungen ermöglichen**
- **Die Pflegeberufe müssen attraktiver werden**, damit wir die Personalnot im Pflegebereich bekämpfen können.
 - Das bedeutet attraktivere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen.
 - höhere Wertschätzung in der Gesellschaft, durch Bewusstseinsbildung
- **Kinder- und Jugendgesundheit fördern:** Programme in Schulen, Vereinen und Co sowie vermehrte Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit (organisatorische Hilfe bei Betreuung, physische und psychische Entlastung und Begleitung der Pflegenden, etc.)
- **Änderung des Parkabgabegesetzes zugunsten aller Pflegekräfte:** Lediglich „diplomierten“ Pflegekräften wird eine Parkkarte für kostenloses Parken während der Ausübung ihrer Tätigkeit ausgestellt. In der Realität werden Pflegedienste, speziell Hausbesuche, jedoch immer häufiger von Pflege- und Pflegefachassistent_innen übernommen, daher fordern wir, dass diese auch unter die Ausnahmeregelung fallen.
- **Medical School** zur Deckung des Ärztebedarfs mit primärem Fokus auf Allgemeinmedizin und patientenorientierter Ausbildung
- **School Nurses in Tirol etablieren:** Sie sind für die Versorgung bei Akuterkrankungen und Erster Hilfe bei Unfällen vor Ort zuständig und leisten als Bindeglied zwischen Eltern, Pädagog_innen, behandelnden Ärzt_innen und Schüler_innen einen erheblichen Beitrag zur gesundheitlichen Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen.

- **Flächendeckende Primärversorgungszentren:** Medizinische Versorgung der Bürger_innen so nah am Wohnort wie möglich sicherstellen. Dies gelingt durch die flächendeckende Umsetzung der Primärversorgung.
- **Psychische-Online-Betreuung** via MessengerApp durch Psychologen oder Psychotherapeuten
- **Bedarfsgerechte Pflege:** So sollen ambulante Pflegestrukturen klare Priorität vor Heimbetreuung haben und es älteren Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden zu leben. Um die individuelle Betreuung im stationären Langzeitbereich zu verbessern, fordern wir eine deutliche Erhöhung professioneller Krankenpflegepersonen sowie eine Strukturänderung durch die Integration multiprofessioneller Therapieteam in den Heimaltag.
- weil diese nicht körperlich bedingt ist. Außerdem sind schwere Behinderungen noch schlecht abgedeckt. Darum fordern wir in diesem Bereich bedarfsgerechte Anpassungen beim Pflegegeld, anstatt das Geld mit der Gießkanne zu verteilen
- **Bedarfsgerechte Pflege:** So sollen ambulante Pflegestrukturen klare Priorität vor Heimbetreuung haben und es älteren Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden zu leben. Um die individuelle Betreuung im stationären Langzeitbereich zu verbessern, fordern wir eine deutliche Erhöhung professioneller Krankenpflegepersonen sowie eine Strukturänderung durch die Integration multiprofessioneller Therapieteam in den Heimaltag.
- **Pflegegeldzuschläge für Demenz und Härtefälle:** Demenz ist derzeit nicht im Pflegegeld berücksichtigt, weil diese nicht körperlich bedingt ist. Außerdem sind schwere Behinderungen noch schlecht abgedeckt. Darum fordern wir in diesem Bereich bedarfsgerechte Anpassungen beim Pflegegeld, anstatt das Geld mit der Gießkanne zu verteilen
- **ÖGK Tirol, versprochene Maßnahmen endlich umsetzen:** Die versprochene und immer noch unerfüllte Leistungs- und Honorarharmonisierung muss endlich in die Realität umgesetzt werden
- **Ausbau der Sportinfrastruktur** (u.a. Schwimmbäder), für eine gesunde Gesellschaft
- **Entlohnung für pflegende An- und Zugehörige zur Entlastung und Unterstützung:** Es mangelt an finanzieller Unterstützung speziell für die pflegenden Angehörigen, welche die getätigte Arbeit entlohnt und die Inanspruchnahmen professioneller Unterstützung bei Bedarf vereinfachen würde.
- **Einführung eines 4-wöchigen Schnellkurses zu Pflegeassistent_innen:** damit die Pflegeausbildung attraktiver wird und dem Mangel an Pflegekräften entgegengewirkt wird